

## Die Sozialstruktur der SPD 1945 – 1990

### Grundlagen und Perspektiven der Analyse<sup>1</sup>

Der folgende Beitrag beschreibt Quellen und Forschungsperspektiven einer Sozialstrukturanalyse der SPD, wie sie sich im Rahmen eines derzeit am IGA laufenden DFG-Projekts „Mitgliedschaften und soziale Strukturen der Parteien des linken Spektrums in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland“ ergeben.<sup>2</sup>

Die SPD als politische Partei einer sozialen Klasse verstand sich seit ihren Anfängen als Mitgliederpartei. Schon früh nahm auch die Parteienforschung diese Sichtweise auf. Robert Michels beleuchtete den Ansatz „Mitgliederpartei“ kritisch, indem er die Ohnmacht des Mitglieds in einer sich oligarchisierenden Partei betonte.<sup>3</sup> Dass die SPD heute nach ihrem Weg durch die deutsche Geschichte sich selbst die Floskel zuschreibt, in der „Neuen Mitte“ angekommen zu sein, verweist neben Wandlungen in ihrer Programmatik und politischen Praxis auf fundamentale Veränderungen der personellen Basis bei ihren Mitgliedern, Funktionären und Mandatsträgern, also bei ihrer Verankerung in einer Gesellschaft, die sich längst nicht mehr dichotomisch als bürgerlich versus proletarisch begreifen lässt, wenn denn dies jemals zutreffende Lagerbeschreibungen waren.

Obwohl die Partei selbst, die politische Öffentlichkeit und die zeithistorische Parteienforschung immer wieder auf den sozialen Wandel der SPD rekurriert haben, blieb doch die Datenbasis solcher Bezüge und Argumentationen meist schmal und ungesichert. Dennoch wurden hierauf weitreichende Annahmen und Schlussfolgerungen gestützt.<sup>4</sup> Informierter waren Studien mit kleinräumigeren Ansätzen, die aber notwendigerweise keine überregionalen Datensätze bieten konnten.<sup>5</sup> Dieser Forschungsstand bleibt um so ers-

<sup>1</sup> Der Text basiert auf einem Beitrag im Kolloquium „Sozialstrukturen und soziale Bewegungen“ am IGA vom Mai 1998.

<sup>2</sup> Das Projekt insgesamt wird im Abschnitt „Berichte aus dem Institut“ des hier vorliegenden Heftes unter dem Projekttitel vorgestellt.

<sup>3</sup> Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Stuttgart 1989<sup>4</sup>.

<sup>4</sup> Ein Beispiel ist der kleine Zahlenanhang des ansonsten nützlichen Beitrags von Helga Grebing, *Die Parteien*, in: Wolfgang Benz, *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Politik, Frankfurt/Main 1993, S. 71-150.

<sup>5</sup> Besonders die inzwischen zahlreicheren Untersuchungen zur Wiedergründungszeit der SPD nach 1945 liefern meist auch sozialstrukturelle Angaben, so etwa Katrin Kusch, *Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951)*, Mainz 1989, S. 57 ff.

taunlicher, als sich die Geschichtswissenschaft und in ihr die Zeitgeschichte schon vor einigen Jahrzehnten sozialwissenschaftlichen Methoden und Herangehensweisen geöffnet hatten, ja inzwischen schon wieder eine Abwendung von dieser Ansatzweise hin zu kulturgeschichtlich ausgerichteten Sichtweisen eintrat.<sup>6</sup> Eine breite, sozialgeschichtlich fundierte Analyse des personellen Wandels der SPD blieb bis heute aus. Für sie fehlte vor allem eine umfangreiche und verlässliche Datenbasis. Diese soll nun durch das oben genannte DFG-Projekt für die SPD, darüber hinaus für das gesamte Parteienspektrum bereitgestellt werden.

Bevor die Quellen zur Sozialstruktur der SPD und sich daraus abzeichnende Forschungsperspektiven dargestellt werden, wird die Sozialstrukturanalyse der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie in einem allgemeineren theoretischen Kontext verankert.

### Theoretische Überlegungen und Grundlagen

Forschungen über Parteimitglieder, Parteifunktionäre und Mandatsträger durchzuführen, setzt die Annahme voraus, dass diese Gruppen von großer historischer Relevanz für die Geschehnisse und die Wirkungsmächtigkeit von Parteien und damit zentral für die Parteilsgeschichte sind. Ein Katalog der Funktionen von Parteimitgliedern verweist denn auch auf die Wichtigkeit zunächst dieser Gruppe: Im politischen System der Bundesrepublik definiert sich politische Willensbildung als von unten nach oben laufender Prozeß. Mitglieder und Funktionäre der unteren Ebene erledigen die politische Kleinarbeit – „Lob und Ehr´ dem Funktionär!“<sup>7</sup> –, über sie wirkt die Partei weiter in die Gesellschaft hinein, sie sind eine wichtige Finanzquelle für die Parteien und stellen ihr personelles Rekrutierungsreservoir dar.<sup>8</sup> Gerade für die SPD als Inbegriff einer Mitgliederpartei scheint all dies selbstverständlich zu sein. Weitet man den Blick in die Geschichte und auf andere Parteien, muß aber differenziert werden.

So ist die Entstehungsgeschichte der deutschen Parteien seit dem frühen 19. Jahrhundert nicht allein von ihrer sozialen Basis her zu verstehen. Das Regierungs-, Verfassungs- und Wahlsystem, die rechtlichen und tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten von Parteien, zeitweise unter den Bedingungen obrigkeitlicher Repression, sowie ideelle Konzeptionen und Weltbilder waren unter anderem mächtige Faktoren, die die Entwicklungsweisen und Gruppierungen von Parteien beeinflussten.<sup>9</sup> Aus einer noch so genauen Kenntnis

<sup>6</sup> Als kritischer Überblick Hans-Ulrich Wehler, Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998.

<sup>7</sup> SPD, Bezirk Franken, Jahresbericht für das Jahr 1950 zum Bezirksparteitag. Das Zitat bezieht sich ausdrücklich auf die kleinen Funktionäre in den Ortsvereinen.

<sup>8</sup> Noch 1997 machten die Mitgliederbeiträge etwa 56 Prozent der Einnahmen der SPD aus. „CDU sammelte 1997 die meisten Spenden“, in: SZ, Nr. 28, 4.2.1999, S. 2.

<sup>9</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, Grundprobleme der deutschen Parteilsgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 32-55, mit Schwergewicht auf der Geschichte des Liberalismus.

von Parteimitgliedern allein – wenn man sie denn hätte – ergäbe sich keine streng lineare Erklärung der Geschichte von Parteien.

Auch für die bundesrepublikanische Geschichte sind Position und Funktion des Mitglieds zu differenzieren, wie einige Beispiele zeigen: Die FDP kann dem Typ Funktions- und Mandatsträgerpartei zugeordnet werden, die Massenrekrutierung eher auf der Wahlebene anstrebt. Obwohl die CDU aus ihrem volksparteilichen, auf eine Union der Mitte zielenden Anspruch heraus nach der SPD zur stärksten Mitgliederpartei wurde, war diese hohe Mitgliederzahl durchaus damit vereinbar, dass die CDU noch Anfang der sechziger Jahre als „Wahlverein“ erschien, in dem die Mitglieder nur bedingt auf Partizipation drangen.<sup>10</sup> Und die Mitgliedschaft in der SPD konnte nach 1945 noch milieu- und traditionsgetragen sein oder aus der Erfahrung der Leidensgemeinschaft unter dem Nationalsozialismus resultieren<sup>11</sup>, aber ebenso einem individuellen Karrierekalkül entspringen<sup>12</sup>, und in den sechziger und siebziger Jahren, als partizipationsverlangende Mittelschichten in die Partei drangen, eher an der Verwirklichung programmatisch formulierter Politikinhalt orientiert sein. Die damit angedeutete Bandbreite historischer Eigenarten der Parteimitgliedschaft verweist zum einen auf ihre Komplexität, die jeweils im Detail und differenzierend im Zeitablauf zu erforschen ist, zum anderen darauf, dass nur mit möglichst umfassenden Informationen über die Parteimitglieder die historischen Sachverhalte aufzuklären sind.

Nimmt man die Sozialstruktur in den Blick, gibt es hier keine einfache Verbindung zwischen der sozialen Zusammensetzung des Personals und dem Wesen einer Partei. Es scheint zwar unumstritten zu sein, dass sich in einem wechselseitigen Prozeß Bindungen zwischen sozialstrukturell unterscheidbaren Bevölkerungssegmenten und bestimmten Parteien hergestellt haben und herstellen. Dadurch erst wurden Parteien zur Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Staat. Doch die genaue Art dieser Bindung und ihre kausale Reichweite für politisches Verhalten im Zeitverlauf gehören zu den zentralen und zugleich umstrittensten Fragen der Parteienforschung.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> So die Einschätzung von Dietrich Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1996, S. 160 f.

<sup>11</sup> Die Wirkung von Traditionslinien zeigt z.B. Bernd Rabe, *Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel*, Frankfurt/Main, New York 1978, für Hannover-Linden auf.

<sup>12</sup> Der schnelle Anstieg der Mitgliederzahlen vor der Währungsreform 1948 und der rasche Abfall mit ihr und danach sollten unter anderem auch unter der Fragestellung individueller Vorteilerwartungen untersucht werden.

<sup>13</sup> Grundlegend: Maurice Duverger, *Politische Parteien und soziale Klassen*, in: Gilbert Ziebur (Hg.), *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*, Darmstadt 1969, S. 413-430. Rainer M. Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56-80. Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 1992. Ulrich von Alemann, *Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Rekrutierung, Konkurrenz und Responsivität*, in: Alf Mint-

Theoretisch liegen die Schwierigkeiten erstens in der Abgrenzung der einzelnen sozialstrukturellen Kategorien einer Analyse. Der häufig verwandte Oberbegriff „Angestellte“ etwa gliederte sich in der historischen Realität in mehrere Hierarchiestufen auf, die sehr verschiedene Lebenspositionen festlegten. Zweitens liegen sie darin, dass sich verschiedene analytische Kategorien in einem Individuum treffen: der Katholik, der zugleich Arbeiter ist. Drittens verbindet sich mit solchen Kategorien keine eindeutige und gleichmäßige Neigungskraft zu einer Partei hin. Auch hier ist immer zu historisieren: Ein statistischer „Industriearbeiter“ steht 1870 in anderen Konstellationen als 1990. Ein formalstatistisch erhobenes Kriterium wie ein hoher Bildungsabschluß kann 1955 auf eine bildungsbürgerliche Herkunft, eine aussichtsreiche Berufsperspektive und vielleicht eine Neigung zum Unionslager verweisen. Das gleiche Kriterium kann 1989 eine Aufsteigerin aus einer niedrigqualifizierten Arbeiterfamilie zeigen, deren Bildungsdiplom sie in eine ungewisse berufliche und materielle Zukunft entläßt und die ihre sozialstrukturelle Herkunft nicht mehr in einer solchen Weise empfinden oder deuten mag, dass daraus eine parteipolitische Präferenz entstehen würde.<sup>14</sup> Offenbar sind die sich aus der Sozialstruktur ergebenden Lebensergebnisse für Individuen komplexer geworden, und daraus resultierende parteipolitische Kausalitäten sind schwerer zu fassen.<sup>15</sup> Zudem ist zu beobachten, dass von der Sozialstruktur her zumindest kein monokausaler Weg dahin führt, in welchem Umfang Parteien überhaupt Bindekraft gegenüber sozial unterschiedenen Bevölkerungsgruppen entfalten konnten.

Die bisher angestellten Überlegungen sollen zweierlei betonen: Erstens muß eine Sozialstrukturanalyse von Parteien vielschichtig argumentieren und sich der zahlreichen Wirkungs- und Einbettungszusammenhänge der reinen Daten bewußt sein. Zweitens bedarf der Erkenntnisfortschritt aber möglichst umfassender und gesicherter, je nach Fragestellung auch unterschiedlicher Daten. Die sozialwissenschaftliche und zeithistorische Forschung hat einen hohen Reflexionsgrad darüber erreicht, wie je verschieden die historische Wirkungsmächtigkeit von Sozialstruktur zu beschreiben ist.<sup>16</sup> Das setzt aber für jede Phase der Bundesrepublik die genaue Kenntnis dieser Sozialstruktur voraus.

zel/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1992<sup>2</sup>, S. 89-130.

<sup>14</sup> Zur Entwicklung von Bildungs- und Berufschancen vgl. Klaus Köhle, *Bildungsrestauration, „Bildungskatastrophe“, Bildungsexplosion: Die Entwicklung des Bildungssystems in der Bundesrepublik von 1945 bis heute*, in: Robert Hettlage (Hg.), *Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz*, München 1990, S. 234-254.

<sup>15</sup> Als Einführung in empirische Ergebnisse und Theorien: Stefan Hradil, *Individualisierung, Pluralisierung, Polarisierung: Was ist von den Schichten und Klassen geblieben?* in: Hettlage, *Die Bundesrepublik*, S. 111-138.

<sup>16</sup> Differenziert und konzis bei Michael Vester, *Zwischen Klassengesellschaft und Individualisierung. Zum Wandel der sozialen Milieus in der Bundesrepublik*, in: Michael Buckmiller/Joachim Perels (Hg.), *Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag*, Hannover 1998, S. 510-524.

Grundsätzlich werden durch den Einbezug von Mitgliedern bei der Analyse der Sozialstruktur von Parteien Einengungen auf Eliteansätze vermieden. Wird dem Parteimitglied dadurch Gewicht beigemessen, bleibt andererseits die Problematik, dass die Handlungs- und Einflußmöglichkeiten des einzelnen Mitglieds ohne Funktion und Mandat immer gering geblieben sind.<sup>17</sup> Leugnet die Parteirhetorik dies aus taktischen Gründen auch meist konsequent, ziehen doch Repräsentativsystem sowie Zeit- und Ressourcenknappheit dem Mitglied enge Grenzen bei der Partizipation – ein fundamentales Dauerproblem sich demokratisch legitimierender Gesellschaftssysteme.

In die politische Verantwortung rücken faktisch die Parteifunktionäre aller Ebenen. Ihre Untersuchung legitimiert sich schon allein aus ihrem politischen Gewicht heraus. Gerade im Kontrast zu den Mitgliedern wird dabei aber eine Sozialstrukturanalyse ergiebig. Zum einen können an die Funktionäre alle die Mitglieder betreffenden Fragen angelegt werden, beispielsweise die nach sozialen Öffnungs- und Abschließungsprozessen gegenüber der Gesamtbevölkerung, nach der Verankerung in Milieus usw. Wichtig werden vor allem Befunde abweichender Sozialstruktur zwischen beiden parteiinternen Gruppen. Hier können ungleichzeitige Prozesse des sozialen Wandels auftreten, wenn etwa Akademisierung, Verbürgerlichung und Verjüngung der SPD im Funktionärsbereich früher als unter den Mitgliedern zu beobachten waren.<sup>18</sup> Überhaupt ist zu fragen, inwiefern die Parteibasis in sozialer Hinsicht von ihresgleichen repräsentiert wurde oder ob die eigentlichen Parteiaktiven eine sozial distanzierte Gruppe waren. Die empirischen Probleme mit dem Datenmaterial einmal unberücksichtigt gelassen, dürfen Befunde und darauf aufbauende Bewertungen dabei nicht von einer einfachen Similaritätsanforderung zwischen Mitgliedern und Funktionären ausgehen. Funktionskarrieren in der Partei waren zumindest in der frühen Bundesrepublik mit sozialem Aufstieg verbunden, die Parteisekretäre kamen meist aus der (Fach)Arbeiterschaft.<sup>19</sup> Dennoch konnten Funktionärsgruppen, die nach formalstatistischen Kriterien wie auch nach realen Lebenszusammenhängen als sozial höhergestellt zu beurteilen sind, aufgrund ihrer persönlichen Biographie sowie der Art ihrer Tätigkeit in der Partei und in sonstigen politisch-gesellschaftlichen Funktionen eng an die Lebenserfahrungen der Basis angebunden bleiben.<sup>20</sup>

Die für die Funktionäre geschilderten Überlegungen gelten ebenso für die Mandatsträger aller Ebenen. Allerdings sind für die Abgeordneten zusätzliche spezifische Fragestellun-

<sup>17</sup> Realistisch dazu Heino Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, Opladen 1971, S. 470-482.

<sup>18</sup> Peter Lösche, *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Stuttgart u.a. 1994<sup>2</sup>, S. 135 f.

<sup>19</sup> So das vorläufige Ergebnis einer noch nicht abgeschlossenen Erhebung zu Parteiangestellten der SPD.

<sup>20</sup> Rainer Bovermann, *Das „rote“ Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964*, Essen 1995, S. 154. Zu „basisnahen Eliten“ der SPD auf örtlicher Ebene Stefan Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848-1975*, Düsseldorf 1990, S. 477-479, 499.

gen einzubeziehen. So ist davon auszugehen, dass aus der Parlamentsarbeit typische Anforderungen für das Sozialprofil der Abgeordneten resultierten.<sup>21</sup>

Aus der Sozialstruktur einer Partei ergeben sich vielfache Wirkungen auf ihre Politik, die an dieser Stelle nur in wenigen Linien angedeutet werden können, um zumindest Dimensionen zukünftiger Untersuchungskonzepte zu umreißen. Die soziale Zusammensetzung der Mitglieder schafft für eine Partei Bewegungsspielräume und setzt ihr zugleich Grenzen. Mitglieder bedeuten zunächst je spezifische personelle, finanzielle und geistige Ressourcen, auf die die Parteimaschinerie auf sehr unterschiedliche Weise zurückgreifen kann: Milieugebundene oder ideologisierte Mitglieder etwa werden andere Verhaltensrichtungen und -weisen einschlagen als rational interessenkalkulierende. Zugleich resultiert aus der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft ein zeitlich und räumlich beschreibbares, sich wandelndes Interessenset der Basis, das in einem Mindestmaß von den eigentlichen Parteiaktivisten bedient werden muß, soll die Überlebensfähigkeit der Partei oder zumindest ihre Identität und innere Legitimierung nicht gefährdet werden. Die Zusammenhänge sind dabei komplex: Die Interessen sind interpretierbar, vermittelbar, die Mitglieder ohne Amt und die Funktionäre stehen in einem Kräftefeld, in dem für die Beteiligten unbewußt bleibende Verschiebungen stattfinden können oder auch gezielte Steuerungseingriffe versucht werden. Jedenfalls transformiert sich die Sozialstruktur der Partei nicht unmittelbar in Politik. Andererseits bleibt die politische Handlungsfähigkeit einer Partei ohne möglichst genaues Eigenwissen um ihre Sozialstruktur begrenzt, und die historische Analyse kann ohne dieses Wissen nur verzerrende Teilerklärungen der Parteigeschichte finden.

Drei Beispiele für historische Wirkungsweisen der sozialen Struktur von Parteien: a) Die soziale und damit interessenmäßige Zusammensetzung der Mitglieder bestimmt nicht unwesentlich den Koalitionsspielraum einer Partei. Im Extremfall können aber Spitzenfunktionäre die politische Generallinie einer Partei über die Mitglieder hinweg neu ausrichten und damit sozialstrukturell an sich nicht zu erwartende Koalitionen eingehen, wie dies bei der FDP 1982/83 zu beobachten war. Hier kam das partiinterne Kräftefeld wieder ins Gleichgewicht, indem ein Teil der die alte Linie befürwortenden Mitgliedschaft austrat, während Neumitglieder den Wechsel abstützten, verbunden mit nicht unerheblichen sozialen Verschiebungen unter den Mitgliedern.<sup>22</sup> b) Mit dem allgemeinen Sozialstrukturwandel in der Bundesrepublik der fünfziger und sechziger Jahre veränderte sich auch die soziale Zusammensetzung der SPD. Während dabei Ein- und Austritte noch in gewissem Umfang der Steuerung durch die Partei zugänglich waren – zu denken ist an gezielte Werbemaßnahmen einerseits und Entfremdung von der Partei verhindernde

<sup>21</sup> Weitere Informationen zu dieser Personengruppe in der Gesamtprojektbeschreibung hier im Heft, vgl. Anm. 2.

<sup>22</sup> Hans Vorländer, Die Freie Demokratische Partei, in: Mintzel/Oberreuter, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, S. 266-318, hier S. 285 f., 307-310. Das Datenmaterial zur FDP ist allerdings nur sehr bedingt zuverlässig.

Rücksicht auf die Interessen der Mitglieder bei den politischen Inhalten andererseits –, war der von den eigenen Mitgliedern im Rahmen der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen mitvollzogene soziale Aufstieg, das Hineinwachsen in die Mittelschichten, zunächst eine den Funktionären unzugängliche, still unter den Fundamenten der Partei wirkende Größe.<sup>23</sup> c) Die auf der hohen Parteiebene gewünschte soziale Öffnung der SPD in den späten sechziger Jahren bewirkte auf örtlicher Ebene zum Teil erhebliche soziale Umschichtungen, die dann in schwerste Konflikte um die politische Ausrichtung der Partei – vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen und Erlebnisweisen vom Sinn und Inhalt einer Parteimitgliedschaft – führte.<sup>24</sup>

Neben der historisch im Nachhinein durchgeführten Sozialstrukturanalyse ist auf die eigene Analysearbeit der Parteien im Zeitablauf zu achten. Das Selbstverständnis und der Anspruch, Mitgliederpartei zu sein, führte bei der SPD schon früh zu einer relativ ausführlichen Mitglieder- und auch Funktionärsstatistik. Allgemein können zugleich aus der Geschichte der Parteistatistik Aufschlüsse über die Selbstdefinition von Parteien gewonnen werden.

### Quellengrundlagen

Das Forschungsprojekt hat durch den Zugang zu allen parteiinternen relevanten Materialien der Bundes-, Bezirks- und Unterbezirksebenen<sup>25</sup> der SPD eine wohl vollständige Kenntnis sämtlicher für die Sozialstruktur der Partei relevanten Quellen erreicht.<sup>26</sup> Die Hauptquellen lassen sich wie folgt gliedern:

a) Die Quartalsbeitragsabrechnungen der Parteibezirke für die Jahre 1946 bis 1974, mit Mitgliederzahlen und einer Fluktuationsstatistik, aus der für etwa drei Viertel aller SPD-Bezirke genügend zuverlässige Angaben für den Zeitraum 1947 bis 1965 zu gewinnen sind.

<sup>23</sup> Zu diesem Wandel knapp Heinz Westphal, in: Peter Lösche, Abschied von der Klassenpartei – das Ringen der SPD um die Mittelschichten (einschließlich: Zur Diskussion des Referats von Peter Lösche), in: Dieter Dowe (Hg.), Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995, Bonn 1996, S. 93-112, hier S. 111 f.

<sup>24</sup> Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 339-364 für München.

<sup>25</sup> Bezirke und Unterbezirke sind historisch tradierte, heute aber meist den Gebietskörperschaften angepasste Gebietsgliederungen der SPD. Auf die meisten Bundesländer entfallen mehrere Bezirke.

<sup>26</sup> Für das zeithistorische Interesse und das Entgegenkommen ist dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer der SPD Franz Müntefering, aber auch den Verantwortlichen der Bezirke und den Mitarbeitern verschiedener Archive zu danken.

- b) Eine Statistik zur Sozialstruktur der Neumitglieder von 1955 bis 1973 auf Bezirks- und Bundesebene.
- c) Die zentrale EDV-Mitgliederkartei, die ab 1974 umfangreiche Daten liefert.
- d) Eine Vielzahl unverbundener Einzelstatistiken aus verschiedenen Parteigliederungen, meist nur zu einem bestimmten Stichdatum.
- e) Gedruckte Rechenschaftsberichte und Protokolle zu Parteitagungen verschiedener Ebenen.
- f) Für die Mandatsträger: amtliche Handbücher der Parlamente, biographische Handbücher, EDV-gestützte Datenbanken bei einigen Landtagsverwaltungen, Personalunterlagen zu den Parlamentariern in den Archiven der Landtage und des Bundestags, allgemeine biographische Nachschlagewerke und einschlägige graue Literatur.

Daten zu Mitgliedern und Funktionären werden mit dem Statistikprogramm Excel erfasst, solche zu Parlamentariern mit einer personenbezogenen Access-Datenbank, die mit Hilfe des Zentrums für historische Sozialforschung an der Universität Köln angelegt wurde.

### **Perspektiven für eine Analyse der SPD-Sozialstruktur**

Nun ist nach den Möglichkeiten zu fragen, die sich für die Forschung aus den genannten Quellen ergeben. Obwohl die Literatur zur Sozialstruktur der SPD umfangreich ist, blieb der Quellenkorpus bei Studien, die die Mikroebene kleinräumiger Untersuchungen überstiegen, meist begrenzt. In der Regel wurden einige Standardmaterialien verwendet: die parteieigenen Angaben in den Jahrbüchern der SPD, Ausführungen zum Thema in Parteitagungsprotokollen und bei Parteigliederungen eingeholte Informationen. Eher selten wurden aus der parteiinternen EDV-Kartei Daten herangezogen, die dann aber bruchstückhaft und quellenkritisch meist unkommentiert blieben.<sup>27</sup> Die relativ wenigen von der SPD veröffentlichten Zahlen erschienen dadurch als faktisch gesichert und zutreffend.

Dagegen erreichten örtliche und regionale Studien, die statistische Parteiberichte, Bevölkerungsstatistiken, biographische Individualdaten, ereignisgeschichtliche Hintergründe usw. einbezogen, eine hohe Informationsdichte.<sup>28</sup> Im Vergleich dazu stößt das Projekt, das alle einmal parlamentarisch vertretenen Parteien behandelt, trotz seiner relativ hohen Arbeitskapazitäten hier rasch an Grenzen. So können weder die zum Teil überlieferten Urdaten von Mitglieder- und Funktionärskarteien der SPD aggregiert, noch die oft in

<sup>27</sup> Als Beispiel unter den ausführlicheren Darstellungen: Lösche/Walter, Die SPD, S. 131-173. Lösche, Abschied. Als Regionaluntersuchung Bernd Faulenbach/Günther Högl/Karsten Rudolph (Hg.), Vom Außenposten zur Hochburg der Sozialdemokratie. Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen 1893-1993, Essen 1993.

<sup>28</sup> Die Erkenntnismöglichkeiten einer Detailstudie zeigen sich beispielsweise in Bovermann, Das „rote“ Rathaus.



städtischen, staatlichen oder SPD-Archiven liegenden, meist unvollständigen Teilstatistiken von Untergliederungen der Partei zu einer allgemeinen Statistik der SPD zusammengezogen und hochgerechnet werden. Das Projekt setzt vielmehr auf der Bundesebene der Partei an, erhebt die zentralen Parteistatistiken und wiederholt diesen Arbeitsschritt im Rahmen der vorhandenen Zeit- und Finanzressourcen auf den nächsttieferen Parteebenen. Gewonnen wird damit eine Makrostatistik, die bis einschließlich der Bezirksebene der SPD, d.h. unterhalb der Länderebene, reichen wird.

Ein großer Gewinn liegt im langen Untersuchungszeitraum und der so erreichten Gegenwartsnähe der Datensätze. Damit wird die Perspektive üblicher Zeitgeschichtsschreibung, die sich in der Regel maximal innerhalb der allgemeinen dreißigjährigen Archivsperrfrist an die Gegenwart heranwagt – derzeit also bis 1969 –, ausgedehnt. Für die frühe und mittlere Bundesrepublik können auf diese Weise Ergebnisse der Sozialstrukturanalyse der SPD bereits vor dem Hintergrund der späteren Entwicklung beurteilt werden, ein wichtiger Schritt für die Zeitgeschichte, der, durch fehlenden Quellenzugang bedingt, oft die Erweiterung der Sehweise und Urteilsmöglichkeiten durch das, was danach kam, fehlt.

Die absoluten Mitgliederzahlen der SPD sind zwar zum guten Teil schon mehrfach publiziert. Dennoch können einige Verfeinerungen durch geschlossene Zahlenreihen, die nun durchweg nach dem Geschlecht differenziert sein werden, erreicht werden. Die Mitgliederstatistik der SPD war bis Ende der sechziger Jahre ein Nebenprodukt der differenzierten Beitrags- und Finanzstatistik. Diese war von hoher Bedeutung, erreichte die SPD doch durch ihr Beitragseinkommen als Mitgliedermassenpartei eine hohe Unabhängigkeit im politischen Kräftefeld, entging sie dadurch dem potentiellen Druck hin zu einer Mediatisierung durch Verbände und Geldgeber. Eine Datenkorrektur durch das Abgleichen von Mitgliederzahlen und Beitragseinnahmen wird angestrebt, erfordert allerdings den Nachvollzug schwieriger parteiinterner Verwaltungsverfahren. Sie liefert Annäherungswerte für die Spannbreite, in der sich mögliche Zahlenabweichungen bewegen. Zugleich ergeben sich qualifizierende Erkenntnisse über das Wesen der Parteimitgliedschaft in verschiedenen Phasen der Bundesrepublik: Während heute in der Statistik nahezu ausschließlich Beitragszahler als Mitglieder geführt werden – das Mahnverfahren bei Nichtzahlung und der Ausschluß nach mehrmaliger Mahnung ist technisch einfach und läßt sich zentral organisieren –, ergeben sich für die fünfziger und sechziger Jahre bis zu zehn Prozent nichtzahlende Personen, die als Mitglieder geführt wurden.<sup>29</sup> Zum größten Teil verbarg sich dahinter die Absicht von Ortsvereinen, ihre Mitgliederzahl höher als tatsächlich gegeben erscheinen zu lassen. Zugleich drückte sich darin aber die noch vorhandene Milieugebundenheit der SPD aus: Zahlungsunwillige oder –unfähige Sozialdemokraten konnten im örtlichen Zusammenhang weiter als Mitglieder empfunden werden und blieben in der Kartei, wie sporadische Berichte aus der Parteiführung vermerkten.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Die Kassierungsquote, die die Beitragsabgerechneten unter den registrierten Mitgliedern angibt, pendelte um die neunzig Prozent.

<sup>30</sup> Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), SPD-PV 5904 (Redeentwurf Alfred Naus, wahr-

Das Interesse der SPD an einer sozialstrukturellen Analyse ihrer Mitglieder und Funktionen war in der frühen Bundesrepublik durchaus ausgeprägt, fand seine Grenzen aber zum einen im statistischen Instrumentarium, zum anderen in konzeptionellen politischen Prägungen der Sozialdemokratie. So wurde zum Beispiel die Konfessionszugehörigkeit als privat bewertet – man muss das als einen inhärenten Abwertungsvorgang und eine implizite Verhaltensanweisung an die Mitglieder hinsichtlich Kirchlichkeit sehen – und daher nicht erfragt.

Schon bald nach 1945 sollten die Bezirke die Zahl arbeitsloser und invalider Mitglieder für den Parteivorstand ausweisen, ein Reflex auf die damalige wirtschaftliche und soziale Situation. Beide Statistikkategorien wurden bis 1973 fortgeführt, aber nur wenige Bezirke machten dazu Angaben, die daher wohl nur begrenzt zu systematisieren sind. Sie würden aber eine kleine Sonderuntersuchung rechtfertigen, in der auch der unterschiedliche historische Stellenwert der Zusammenhänge zwischen Parteimitgliedschaft, Wählerbewegungen und Arbeitslosigkeit zwischen Weimarer und Bonner Republik zu bewerten wäre. Erst seit 1985 enthält dann die Mitgliederstatistik der SPD erneut die Rubrik „arbeitslos“.

Der Parteivorstand drängte in der Wiederaufbauphase der Partei nach Kriegsende die Untergliederungen, Analysen über die Zusammensetzung der Mitglieder anzufertigen. 1949 sollten dazu alle Bezirke Datenmaterial einreichen, folgten dieser Anregung jedoch nur zum Teil und oft erst spät bis 1952. Dennoch ist dieses Material bis weit in die sechziger Jahre hinein die einzige umfangreichere Sozialstatistik, die die Mitglieder insgesamt zu erfassen versuchte. Es ist daher von hohem Wert. Einzelne Parteibeirke bemühten sich allerdings um zusätzliche Daten, die aber nur selten überliefert sind.<sup>31</sup>

Von Anfang an wurde regelmäßig nach den Gründen der Mitgliederfluktuation gefragt (eingetreten, zugezogen, ausgetreten, verzogen, verstorben, wegen Beitragsrückstandes gestrichen, selten: ausgeschlossen), die Angaben dazu sind einigermaßen umfangreich überliefert und geben eine tragfähige Datenbasis für Analysen ab. Für 1950 bis 1954 liegt zudem eine Sondererhebung für alle Großstädte vor. Diese Daten, die von der Partei nicht veröffentlicht wurden und bis heute weitgehend unbekannt geblieben sind, sind wertvoll: Hinter nominell gleichen Mitgliederzahlen konnte sich Stagnation oder eine hohe Fluktuation verbergen. Die soziale Bindekraft der Partei in die Gesellschaft hinein kann überhaupt erst mit den Fluktuationsziffern, nicht allein mit den absoluten Mitgliederzahlen, beurteilt werden. Weiterhin sind hier Informationen zur Frage der Überalterung der Partei (geringe Eintrittszahlen), zur zeitweise erheblichen räumlichen Mobilität von Parteimitgliedern und schließlich zur Datenkorrektur durch die Parteiverwaltungen (Kategorie: wegen Beitragsrückstand gestrichen) zu gewinnen.

scheinlich 1948), 5133 (Sitzung Kontrollkommission 19./20. Nov. 1948); SPD-PV (NB) 3987, Berichte über Bezirk Franken 1961.

<sup>31</sup> So hat der Landesverband Berlin seine Mitgliedschaft Mitte der fünfziger Jahre periodisch analysiert, die Quellenüberlieferung der Ergebnisse war aber bisher noch nicht aufzufinden.

Vor der Verfügbarkeit moderner EDV-Instrumentarien gelang es nicht, eine fortlaufende Sozialstrukturstatistik zu führen, hätten dafür doch in periodischen Abständen von allen Mitgliedern umfangreiche Angaben zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation eingefordert werden müssen. Immerhin organisierte die SPD ab 1955 eine solche Statistik für ihre Neumitglieder, für die entsprechende Angaben anlässlich des Parteibeitritts ohne großen Zusatzaufwand erhoben werden konnten. Zur Veranschaulichung ist auf der Folgesseite ein Auszug dieser Statistik für den Bund wiedergegeben. Dieses Zahlenmaterial wurde in den Jahrbüchern der SPD publiziert, allerdings wurden dafür die ursprünglich in einer Kreuztabelle miteinander verschränkten Alters- und Berufsangaben entflochten, so dass aus den Jahrbüchern zwar beispielsweise die Anzahl der neueingetretenen Arbeiter, nicht aber mehr deren Altersaufbau zu entnehmen ist. Durch die Publikation der ursprünglichen Tabelleninhalte soll dieser Informationsverlust rückgängig gemacht werden. Denn mit den Neumitgliedern wird der sozialstrukturelle Wandel der Partei, wenn auch nicht vollständig – es fehlen die Ausgetretenen und Verstorbenen –, so doch in wesentlichen Bereichen erfasst.

1966 führte die CDU eine detaillierte zentrale EDV-Kartei ein und überflügelte die SPD auf dem Gebiet der Mitglieder- und Funktionärsstatistik bei weitem. Dieser Vorgang war ein wichtiges Element im Modernisierungsprozeß der CDU.<sup>32</sup> Nach mehrjährigen Vorarbeiten zog die SPD 1974 bei der Statistik gleich, wenn sich auch beide Zentrale Mitgliederkarteien (im Folgenden „ZMK“ abgekürzt) in ihren Kategorien zum Teil unterschieden. Der kleine Expertenkreis, der innerhalb der SPD die ZMK technisch und organisatorisch vorantrieb, verband mit der Neuerung zunächst geradezu euphorische Erwartungen hinsichtlich der Erweiterung des politischen Handlungsspielraums durch eine ZMK.<sup>33</sup> Neben der Konkurrenz zur CDU muß darin eine wesentliche Motivationsquelle für die Einführung der ZMK gesehen werden. Erhofft wurde beispielsweise, aufgrund der Daten der ZMK den Kontakt zwischen oberen Parteigliederungen und den Mitgliedern intensivieren, zielgenau je nach tagespolitischen Aktualitäten spezifische Untergruppen der Mitglieder ansprechen, informieren und aktivieren, beziehungsweise ihre beruflichen und sonstigen Qualifikationen instrumentalisieren zu können. In diesem Ansatz lagen durchaus auch partizipatorische Chancen, eine Verdichtung der innerparteilichen Kommunikation wurde angestrebt, die allerdings als von der Parteispitze nach unten laufend gedacht war. Zugleich sollte die angestrebte wissenschaftliche Auswertung der Mitgliederstruktur in Zukunft eine nach sozialen Merkmalen ausgerichtete Mitgliederwerbung erlauben. Letztlich stand dahinter als Vision die Beeinflussung der Sozialstruktur der SPD durch die Partei selbst.

<sup>32</sup> Vgl. zur CDU Wulf Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980, Stuttgart 1985.

<sup>33</sup> Quellen dazu im AdsD, SPD-PV (NB), Abt. Organisation, u.a. 6327.

**Berufliche Stellung und Alter der Neumitglieder der SPD<sup>34</sup>**  
 Bundesgebiet 1958 (Quelle: AdSD, SPD PV (NB), 4012.)

Berufliche Stellung		Arbeiter		Angestellte		Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst		Rentner		Selbständig Schaffende		Freie und geistige Berufs		Hausfrauen	gesamt
		m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w		
Alter	= Jahrgang														
bis unter 21 Jahre	vor 1937	1.059	86	214	98	65	8	1		8		18	6	20	1.583
21 bis 25 Jahre	1937-1934	1.907	84	271	79	130	11	1		20		130	10	107	2.750
25 bis 30 Jahre	1933-1929	2.312	83	346	59	204	20	6		67	1	142	11	224	3.475
30 bis 40 Jahre	1928-1919	3.856	118	907	159	609	30	73	4	234	17	219	20	734	6.980
40 bis 50 Jahre	1918-1909	2.458	122	589	111	541	29	132	17	318	34	131	17	670	5.169
50 bis 60 Jahre	1908-1899	1.879	98	436	80	324	20	261	40	266	21	114	13	633	4.185
60 bis 70 Jahre	1898-1889	373	11	98	8	66	3	420	117	71	7	32	3	420	1.629
70 Jahre und darüber	1888/ darunter	11	3	9	1	3		302	53	6	2	8		123	521
	<b>gesamt</b>	<b>13.855</b>	<b>605</b>	<b>2.870</b>	<b>595</b>	<b>1.942</b>	<b>121</b>	<b>1.196</b>	<b>231</b>	<b>990</b>	<b>82</b>	<b>794</b>	<b>80</b>	<b>2.931</b>	<b>26.292</b>
	<b>männliche zs</b>	<b>21.647</b>													
	<b>weibliche zs.</b>	<b>4.645</b>													

<sup>34</sup> In der Tabelle sind nur die dem Parteivorstand gemeldeten Neumitglieder enthalten. Da diesem aber alle Neumitglieder zu melden waren, erfasst die Tabelle bis auf Meldfehler fast ausschließlich alle Neumitglieder. Bei verspäteter Meldung – größenordnungsmäßig

Diese technokratischen Gestaltungssehnsüchte entsprachen der allgemeinen Entwicklung der empirischen Sozialforschung der späten sechziger und frühen siebziger Jahre,<sup>35</sup> erledigten sich jedoch weitgehend durch die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, die ZMK in ihren Kategorien genügend fein zu differenzieren, diese Daten dann auch tatsächlich von den Mitgliedern und Funktionären zu erheben und vor allem fortlaufend zu pflegen, d.h. aktuell zu halten. Heute, aus inzwischen nahezu dreißigjähriger EDV-Erfahrung und EDV-Ernüchterung heraus geurteilt, würden die damaligen Ziele höchstens durch Internetanschluß für jedes Parteimitglied bei andauerndem und gleichbleibend hohem Engagement, also Datenmeldefreudigkeit, aller Mitglieder zu realisieren sein. Sie bleiben illusorisch. Auch innerhalb der SPD-Führung schwankte denn auch das Interesse an der statistischen Arbeit im Zeitverlauf.<sup>36</sup>

Die Inhalte der ZMK der SPD gingen bisher nur in geringem Umfang und in wenigen Fällen in die Forschungsliteratur ein und werden daher sehr weitgehend in der geplanten Publikation veröffentlicht. Die ZMK enthält für die Zeit 1974 bis 1990 Informationen zu den Kategorien Zahl der Mitglieder, Alter, Jahr des Parteieintritts, Beschäftigungsverhältnis, d.h. berufliche Stellung, Beruf nach zusammenfassenden Oberbegriffen, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie Funktionsträger der Partei. Alle Angaben werden nach dem Geschlecht differenziert und in absoluten und Prozentzahlen ausgewiesen. Ein mit der Quelle nahezu identisches Beispiel für die Gesamtpartei 1974 ist auf den zwei folgenden Seiten wiedergegeben. Die Originalstatistik ist äußerst umfangreich, da sie das im Beispiel ausgewiesene Kategorienschema für jede Unterkategorie wiederholt, also etwa in einem eigenen Blatt alle männlichen Bergleute als Ausgangsgröße nimmt und dann nur für diese Alter, Eintrittsjahr, Beschäftigungsverhältnis, Funktion in der Partei usw. ausweist. Allerdings sind diese Differenzierungen nach derzeitigem Kenntnisstand sehr unvollständig überliefert: Die EDV-Kartei wurde jeweils am Jahresende nur in damals interessierenden Auszügen ausgedruckt, die eigentlichen Daten wurden später überschrieben oder gingen auf inzwischen veralteten Speichermedien praktisch verloren – ein Beispiel für die Quellenüberlieferungsproblematik neuer Medien.

Die sich aus der ZMK ergebenden Auswertungsmöglichkeiten für eine sozialgeschichtlich orientierte Parteiengeschichte liegen angesichts der Fülle und Differenziertheit der Daten auf der Hand. Unter anderem kann mit der ZMK auch die weiter vorn erwähnte, seit 1955 geführte Sozialstrukturstatistik der Neumitglieder über 1974 hinaus bis 1990 fortgeschrieben werden.

<sup>35</sup> Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996) S. 165-193, hier S. 177 ff. Auch Thränhardt, *Geschichte*, S. 156 f.

<sup>36</sup> Darunter litt die Ablage und Aufbewahrung der ZMK-Unterlagen. Erst nach längeren Such- und Recherchearbeitungen konnte der inzwischen historische Bestand der ZMK bis 1990 von den Projektmitarbeitern überhaupt aufgefunden werden.

**Zentrale Mitgliederkartei der SPD**  
 Erhebungsjahr 1974, Gesamtpartei –  
 (Quelle: EDV-Ausdruck im Erich-  
 Ollenhauer-Haus, Bonn)

Art der Angabe	absolut	%
<b>Mitglieder</b>		
insgesamt	990.682	100,00
männlich	795.136	80,26
weiblich	195.546	19,73
<b>Alter</b>		
Bis 21 Jahre	43.717	4,41
22-25 Jahre	63.024	6,36
26-30 Jahre	89.463	9,03
31-35 Jahre	109.835	11,08
36-40 Jahre	111.067	11,21
41-50 Jahre	198.073	19,99
51-60 Jahre	151.286	15,27
61-70 Jahre	125.233	12,64
71 Jahre und älter	38.738	3,91
Ohne Angaben	60.246	6,08
<b>Eintrittsjahr</b>		
1881-1900	3.539	0,35
1901-1914	26.630	2,68
1915-1918	2.153	0,21
1919-1933	31.720	3,20
1934-1944	652	0,06
1945-1949	92.459	9,33
1950-1959	120.392	12,15
1960-1963	78.013	7,87
1964-1968	173.420	17,50
1969-1971	195.818	19,76
1972	153.703	15,51
1973	67.952	6,85
1974 <sup>37</sup>	44.172	4,45
Ohne Angaben	0	0,00

<b>Beschäftigungsverhältnis</b>		
Art der Angabe	absolut	%
Angestellte	231.707	23,38
Arbeiter / Facharbeiter	271.068	27,36
Beamte	93.265	9,41
Berufssoldaten	4.920	0,49
Hausfrauen	94.805	9,56
Landwirte	2.492	0,25
Lehrlinge	12.369	1,24
Rentner/Pensionäre	119.405	12,05
Schüler/Studenten	47.619	6,25
Selbständige	111.067	4,80
Ohne Angaben	51.059	5,15
<b>Beruf<sup>38</sup></b>		
Pflanzen/Tiere	9.435	0,95
Bergleute/Miner	13.128	1,32
Baustoff	4.353	0,43
Chemiearbeiter	3.830	0,38
Kunststoff	559	0,05
Papier	356	0,03
Drucker/Setzer	7.192	0,72
Schreiner	15.182	1,53
Metall-Branche	79.983	8,07
KFZ-Branche	11.154	1,12
Elektro-Branche	14.735	1,48
Textil-Branche	5.546	0,55
Leder-Branche	1.812	0,18
Bäcker/Konditor	2.450	0,24
Fleisch/Fisch	4.239	0,42
Maurer/Beton	31.765	3,20
Raumaustattung	11.014	1,11
Warenprüfung/ Versand	3.044	0,30
Heizer/Maschinist	5.253	0,53
Hilfsarbeiter	2.051	0,20
Architekt/Ingenieur/ Techniker	40.586	4,09
Chemiker/Physiker/ Mathematiker	3.379	0,34

<sup>37</sup> Die Originalstatistik führt zusätzlich 59 Personen mit Eintrittsjahr nach 1974 an. Dabei handelt es sich um Meldefehler, die nach ihrer Größenordnung zu vernachlässigen sind.

<sup>38</sup> 1974 verwendet die Statistik nur männliche Berufsbezeichnungen.

Beschäftigungsverhältnis		
Art der Angabe	absolut	%
Dolmetscher/ Bibliothekar	1.066	0,10
Bank/Versicherung	11.434	1,15
Übrige Kaufleute	54.214	5,47
Verkehr/Transport	18.499	1,86
Post	10.563	1,06
Lagerverwaltung/ Hauswirtschaft	29.980	3,02
Unternehmer/ Organisation/ Steuerberater	7.728	0,78
Datenverarbeitung	1.556	0,15
Büro/Verwaltung	86.312	8,71
Polizeiangehörige	10.683	1,07
Sicherheitswahrer	9.017	0,91
Rechtswahrer/ Rechtsberater	5.612	0,56
Journalisten	2.731	0,27
Künstler	3.014	0,30
Ärzte/Apotheker	3.205	0,32
Übrige Gesundheit	7.528	0,75
Sozialpflege	4.336	0,43
Lehrer/ Hochschullehrer	24.851	2,50
Seelsorger	895	0,09
Hotel/Gaststätten	8.966	0,90
Hauswirtschaft	1.130	0,11
Körperpflege	2.259	0,22
Mithelfende Fami- lienangehörige	37	0,00
Lehrlinge/ Umschüler	11.605	1,17
Arbeiter/ Angestellter/ usw. <sup>39</sup>	56.912	5,74
Reinigungsberuf	2.325	0,23
Sonstige Berufe	15.458	1,56
Ohne Angaben	327.720	33,08

Gewerkschaft		
Art der Angabe	absolut	%
DAG	11.757	1,18
DPG	7.851	0,79
GDED	12.704	1,28
GEW	11.316	1,14
GGLF	1.504	0,15
HBV	7.261	0,73
GHK	4.273	0,43
GK	519	0,05
GL	907	0,09
NGG	5.004	0,50
ÖTV	81.719	8,24
GDP	4.295	0,43
GTB	4.089	0,41
BSE	20.208	2,03
IGBE	24.029	2,42
CPK	16.923	1,70
IDP	5.889	0,59
IGM	78.272	7,90
Ohne Angaben <sup>40</sup>	692.162	69,86
Funktion		
Ortsvereins- Vorsitzender	8.825	0,89
Kreisverbands- Vorsitzender	292	0,02
Unterbezirks- Vorsitzender	293	0,02
Bezirks- Vorsitzender	44	0,00
Ortsvereins- Kassierer	9.782	0,98
Kreisverbands- Kassierer	200	0,02
Unterbezirks- Kassierer	176	0,01
Bezirks-Kassierer	14	0,00
Ortsvereins- Beisitzender	27.146	2,74

<sup>39</sup> Solche Arbeiter und Angestellten, für die keine Berufsspezifikation vorlag.

<sup>40</sup> Dies sind die Nicht-Gewerkschaftsmitglieder oder Mitglieder, die ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht registriert sehen wollten.

Funktion		
Art der Angabe	absolut	%
Kreisverbands-Beisitzender	2.253	0,22
Unterbezirks-Beisitzender	2.555	0,25
Bezirks-Beisitzender	285	0,02
Sonstige im Ortsverein	25.478	2,57
Sonstige im Kreisverband	2.489	0,25
Sonstige im Unterbezirk	3.905	0,39
Sonstige im Bezirk	651	0,06

Einschränkungen des positiven Befunds ergeben sich aus der begrenzten Qualität der Daten. Grundsätzlich gingen in die ZMK die beim Parteieintritt erhobenen Angaben ein und wurden dann von Jahr zu Jahr ohne Änderungen übertragen, also nicht aktualisiert. Zuverlässig sind nach diesem Verfahren die Informationen zur absoluten Mitgliederzahl, zum Geschlecht, Alter und Parteieintrittsjahr. Die Gewerkschaftsrichtung dürfte in der Regel zutreffend sein, da individuelle Wechsel von Gewerkschaft zu Gewerkschaft selten sind. Spätere Gewerkschaftsaustritte sind allerdings nicht zu erfassen, wenn sie vom Mitglied nicht gemeldet wurden.

Problematisch sind vor allem die Angaben zu Beruf und beruflicher Stellung, da die gesamte berufliche Mobilität nur sehr bedingt erfasst wurde. So kann im Prinzip ein 1974 als Student eingetretenes Mitglied noch heute in dieser Kategorie geführt werden, wenn es seine spätere Berufskarriere nicht nachmeldete. Methodisch nimmt die Verzerrung in der Statistik zu, je mehr die gesamtgesellschaftliche Berufsmobilität steigt und ebenso, wenn überwiegend junge Personen in die Partei aufgenommen werden, da bei diesen der Berufsweg eher Veränderungen unterliegen wird. Beides trifft, wenn auch unterschiedlich, für die Jahre seit 1974 bis 1990 zu. In diesen methodischen Einschränkungen liegt die Ursache dafür, dass die Parteienforschung und die Partei selbst besonderes Augenmerk auf die Sozialstruktur der Neumitglieder richteten, für die die Berufsmerkmale jeweils aktuell vorlagen.

Mit zwei Argumenten läßt sich dennoch für die relative Aussagekraft der Berufsstatistiken plädieren. Erstens: Die Statistik ist in bestimmten Jahren zuverlässiger, so gerade in den ersten Jahren ihrer Einführung, da in einem gewissen Umfang anlässlich ihrer Anlage Urdaten vor Ort nacherhoben, das heißt, aktualisiert wurden. Ebenso können von einzelnen Parteigliederungen hin und wieder durchgeführte Karteibereinigungen für eine räumlich begrenzte Kontrolle der Datenqualität herangezogen werden. Zweitens: Die gestiegene gesamtgesellschaftliche Berufsmobilität muss differenziert betrachtet werden. So besaß die individuelle berufliche Stellung selbst in den siebziger und achtziger Jahren der Bundesrepublik noch eine hohe Beharrungskraft.<sup>41</sup> Ein individuell einmal eingenom-

<sup>41</sup> Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Bonn 1992, S. 200. Dagegen hat offenbar – das Zahlenmaterial ist methodisch nicht leicht zu bewerten – die Intergenerationenmobilität im Verlauf der bundesrepublikanischen Entwicklung erheblich zugenommen.



mener Arbeiter- oder Angestelltenstatus etwa ließ sich auch in dieser Zeitphase nicht leicht überwinden. Bei den einzelnen Berufskategorien allerdings ist von einer höheren individuellen Wechselquote auszugehen. Doch hier wurde ebenfalls die Grenze zwischen größeren, je nach Fragestellung der Parteienforschung aufzusummierenden Berufsgruppen – beispielsweise Dienstleistungsberufe – wohl nicht allzuhäufig überschritten. Genauere Interpretationen des Zahlenmaterials werden aber sicher einige methodische Raffinesse und Vorsicht erfordern. Für die Publikation werden die Daten möglichst quellennah aufbereitet, weil nur so späteren Nutzern, deren Fragestellungen heute nicht abzusehen sind, eine maximale Verwendungsbreite der Informationen auf lange Sicht hin ermöglicht werden kann.

Aussagekräftig ist die in der ZMK enthaltene Funktionärsstatistik, da in gesonderten Blättern auch für die Funktionäre alle Unterkategorien wie Alter, Gewerkschaftszugehörigkeit usw. ausgewiesen werden. Vergleichbare Daten können für die Zeit vor 1974 aus anderen, verschiedenartigen Quellen nur äußerst begrenzt angegeben werden. Allerdings hat die SPD in einigen Sondererhebungen, so für 1956 und 1957, zumindest die Anzahl ihrer Sekretäre und deren politische Ämter bis auf die Ebene der Unterbezirke herab erfasst.

Die Informationen aus den bisher beschriebenen Hauptquellen lassen sich zum Teil durch eine Vielzahl von Einzelstatistiken aus verschiedenen Parteigliederungen, die selbständig oder auf Initiative höherer Parteiorgane durchgeführt wurden und Momentaufnahmen der jeweiligen Sozialstruktur enthalten, ergänzen. Auch gedruckte Materialien wie Parteitagsunterlagen und Rechenschaftsberichte unterer Parteiebenen tragen dazu bei. Diese Statistiken haben den Nachteil geringer Systematik und Vergleichbarkeit untereinander und mit anderen Parteien, werden aber bei genügender Relevanz gesammelt, weil sie in ihrer Summe zu weiterreichenden Aussagen über die Sozialstruktur besonders vor 1974 beitragen können. Auf diesem Weg wird der bisherige Forschungsstand zur Mitgliederstruktur weit übertroffen werden, wenngleich die erreichbare Datendichte derzeit noch nicht ganz abgesehen werden kann.

Grundsätzlich zielt die geplante Publikation jeweils auf statistische Gesamterhebungen, wodurch wissenschaftliche Untersuchungen zur SPD, die sich auf dieses Zahlenmaterial stützen werden, eine verlässliche empirische Basis erhalten. Eine ganz andere wichtige Quellengattung auch zur Sozialstruktur stellen dagegen repräsentative Befragungen dar. Ihre Zahl und ihre Bedeutung nehmen im Zeitverlauf zu, doch hat die SPD bereits in den frühen fünfziger Jahren auf dieses Instrument zurückgegriffen.<sup>42</sup> Ihr Vorteil liegt in der Vielzahl der Erhebungskriterien, mit denen neben den eher klassischen Sozialstrukturdimensionen auch Einstellungen, kulturelle Muster, politische Verhaltensweisen und vie-

<sup>42</sup> Beispielsweise liegt für 1954 eine ausführliche Repräsentativbefragung des Bezirks Schleswig-Holstein vor. Ein Großteil der politologischen Forschung bedient sich zudem der Repräsentativbefragung, vgl. etwa Michael Th. Greven, *Parteimitglieder. Ein empirischer Essay*, Opladen 1987.

les mehr in ihrer Kombination und Verflochtenheit erfasst werden können. Ihr Nachteil besteht in der oft geringen Zahl Befragter, woraus sich die Problematik der Repräsentativität und damit Aussagekraft ergibt, und meist in der Einmaligkeit der Erhebung gegenüber der Kontinuität der Parteistatistiken.

So sehr das Zusammenziehen beider Quellengattungen an sich zu wünschen wäre, lassen sie sich jedoch methodisch und darstellerisch nicht mit einander verzahnen. Die zeitgeschichtliche Parteienforschung wird aber auf beide zurückzugreifen und die je spezifischen Ergebnisse zu verschränken haben. Um das zu erleichtern, werden innerhalb der Projektarbeit wichtige, von der SPD selbst initiierte Repräsentativerhebungen gesammelt, so dass zumindest auf sie verwiesen werden kann. Es bleibt noch zu entscheiden, ob ein Teil der dort enthaltenen tabellarischen Informationen, methodisch genau ausgewiesen, ergänzend in die Publikation aufgenommen wird. Zu denken ist an anders nicht zu erschließende Kategorien wie Familienstand und Einkommenshöhe, wie sie beispielsweise in der umfassenden infas-Kommunikationsstudie von 1977 abgebildet wurden.<sup>43</sup>

Die statistischen Ergebnisse zur Sozialstruktur der SPD werden zum einen Teil in parteienvergleichenden Tabellen, zum anderen Teil in einem thematisch gegliederten und kommentierten eigenen Kapitel der Gesamtpublikation des DFG-Projekts dargestellt. Zusammen mit dem Material zu den anderen Parteien der Bundesrepublik Deutschland wird sich daraus eine zuverlässige und umfangreiche Datenbasis für eine in sozialgeschichtlichen Perspektiven arbeitende Parteienforschung ergeben.

<sup>43</sup> AdsD, infas-Report 1977, zwölf Teilbände mit verschiedenen Untertiteln.